Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 197. Sonntag den 19. April 1896. 90. Jahrgang.

Aus der Woche.

A. In dieser Woche sind die Berliner Parlamentsferien zu Ende gegangen, abgesehen von dem Herrenhause, dessen summarisches Legislaturverfahren den Zusammentritt seiner Mitglieder zu einer seltenen Nothwendigkeit macht. Der Reichstag sowohl wie das preußische Abgeordnetenhaus haben den neuen Sessionsabschnitt durch eifriges Arbeiten markirt. Das Abgeordnetenhaus hat das schwierige Lehrerbesoldungsgesetz in zweiter Lesung durchberathen; im Reichstag ist der Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb gleichfalls in zweiter Berathung erledigt worden. Dieses Gesetz ist, das Bürgerliche Gesetzbuch, das vielleicht in dieser „Session", gewiß aber nicht in diesem Sommer zur Verabschiedung gelangt, bei Seite gelassen, die Perle der Session. Es entspricht einem tief empfundenen Bedürfniß, von dessen Anerkennung sich nur ganz vereinzelte Elemente des Volkes ausschließen, und es hat im Reichstage eine dementsprechende Mehrheit gefunden. Die Socialdemokratie nebst Volkspartei, die alle übrigen Parteien.

Das ist ein erquickender Anblick. Daß man bei der von der Reichstagscommission beantragten Ausdehnung des § 1 des Gesetzes, die dieses erst zu einer schneidigen, wenn auch vielleicht im Anfang zweischneidigen Waffe gegen den ebenso widerwärtigen als gemeinschädlichen Reclameschwindel macht, auch den Staatssecretair v. Boetticher als Dritten im Bunde der Herren Singer und Lenzmann erblicken mußte, war ein beklagenswerther Unglücksfall dieses gewandten Beamten, im Uebrigen aber nicht geeignet, das rosenfarbene Parlamentsbild zu verdunkeln. Herr v. Boetticher hatte übrigens bei diesem Gesetzentwurf einen zweiten Unfall zu erleiden. Wie er die Verschärfung des §. 1 bekämpft hatte, so war er auch in erster Lesung als entschiedener und unversöhnlicher Gegner der Beseitigung der Bestimmung aufgetreten, die den Angestellten eines Geschäfts hinsichtlich der Verwerthung ihrer Erfahrungen eine Kette fürs Leben anschmieden wollte. In zweiter Berathung gab ein anderer Bundesrathsvertreter die Vorschrift preis.

Hat der Reichstag sich in der verflossenen Woche gesetzgeberisch ausgezeichnet, so wird er in dieser als Sittenrichter die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Darauf wird nun doch, wie wir schon dargelegt haben, die in Aussicht genommene Duelldebatte schließlich hinauslaufen. Es ist übrigens gar nichts dagegen einzuwenden, daß auch die Volksvertretung die Vorfälle, die das ganze Land in Erregung gebracht haben, in den Kreis ihrer Erörterung zieht. Hat sie doch eine formelle Handhabe dazu: der Zweikampf ist nach einem Reichsgesetze strafbar, er wird aber so gut wie nicht bestraft. Nach dieser Richtung könnte bei den Debatten „etwas herauskommen", wenn man sie, ohne auf Seitenwege abzuweichen, einschlagen würde. Es ist aber mit Bestimmtheit zu erwarten, daß man den Zweikampf als solchen, nach seiner ethischen und religiösen Seite, beleuchten und ihn natürlich unbedingt und für jeden erdenklichen Fall verwerfen wird.

Bei diesem Vorhaben ist aber die Position des Reichstages viel weniger günstig, als es nach der Haltung der großen Mehrzahl der Tagesblätter scheinen mag. Wenn man das Duell grundsätzlich verdammen will, so kann man keinen ungeeigneteren Anknüpfungspunct suchen, als den Zweikampf Schrader-Kotze. Wie sich die Differenzen dieser beiden Männer gestaltet hatten, war der Verzicht auf den blutigen Austrag zur Unmöglichkeit geworden. Das kann und muß der grundsätzliche Gegner des Duells natürlich bestreiten, aber auch nur ein solcher kann es und darf es. Ueber das Institut des Zweikampfes als solches zu Gericht zu sitzen, ist aber nicht die Aufgabe einer gesetzgebenden Körperschaft. Das Duell Schrader-Kotze ist es auch nicht, was die Gemüther erregt. Der öffentliche Unwille richtet sich vielmehr zunächst dagegen, daß man die Dinge nicht etwa aus sich selbst heraus zu dem Puncte hat gedeihen lassen, wo der Kampf auf Leben und Tod unvermeidlich war, sondern daß man sie geradezu dahin dirigirt hat. Aber auch das ist nicht die Quelle jenes, das Volk wegen des Falles erfüllenden, mit dem Worte „Unwillen" nicht zutreffend bezeichneten Gefühls. Fast vier Jahre hindurch war der Berliner Hof von einem Sumpf durchzogen. Während dieser Zeit ist viel von Sitte und Religion gesprochen und sind in Berlin auf Anregung des Hofes viele Kirchen erbaut worden. Der Sumpf aber durfte weiter die Hofluft verpesten. Das und nicht der Tod des Ceremonienmeisters v. Schrader ist es, was das Volk in allen seinen Theilen erregt und betrübt.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 18. April. Der Wahlausschuß der „Mittelstandspartei" im Reichstagswahlkreise Osnabrück ist bei der Stellungnahme zur Stichwahl vollständig auseinander gefallen. Dadurch, daß Herr Liebermann von Sonnenberg sich selbst und den Secretair des Bundes der Landwirthe in Hannover mit in den Wahlausschuß hineingenommen hatte, konnte er es erwirken, daß eine Mehrheit dieses Ausschusses den Beschluß faßte, den Wählern die Stellungnahme zu überlassen. Jetzt aber tritt die unterlegene Minderheit öffentlich hervor. Insbesondere thut dies für seine Person der Wahlkreisvorsitzende des Bundes der Landwirthe, Herr Sundermann, der in einer Erklärung sein Bedauern darüber ausdrückt, daß der Wahlausschuß nicht einmüthig die Parole für den nationalen Candidaten ausgegeben hat, und daran die mit patriotischer Wärme abgefaßte Aufforderung an seine Berufsgenossen, namentlich die Mitglieder des Bundes der Landwirthe, knüpft, Mann für Mann gegen den Welfen und für Wamhoff einzutreten. Desgleichen erschien vorgestern in Badbergen ein hervorragender Führer der agrarischen Bewegung im Oberlande in einer nationalliberalen Versammlung, um öffentlich auszusprechen, daß ihn jetzt, vor der Stichwahl, „nichts, aber auch gar nichts" mit den Welfen, hingegen das feste gemeinsame Band nationaler Gesinnung mit Wamhoff vereine. — Das Wahlcomité der Socialdemokraten hat für die Stichwahl Wahlenthaltung beschlossen. Die deutschsociale „Hannoversche Post" dagegen empfiehlt wiederholt auf das Angelegentlichste die Unterstützung des welfischen Candidaten v. Schele!!

* **Berlin**, 18. April. Unter der Ueberschrift „Jugendliteratur" schreibt der „Hannoversche Courier" über das „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats":

„Das Buch ist gut ausgestattet, das Papier, das verwendet worden ist, ist fest, der Druck ist klar, der Einband läßt nichts zu wünschen übrig. Der Stil des Buches ist correct, auch die Form der Gedichte ist ziemlich tadellos. Um so geistbrüchiger ist das Machwerk, das der Jugend offen den Classenhaß predigt. Das Schlimmste, wenn wir die kleine Geschichte so nennen dürfen, erzählt von drei Brüdern, die Edelmann, Bürger und armer Konrad genannt werden. Die Brüder haben früher gemeinsam gearbeitet, dann nahm Edelmann „den Brüdern den größten Theil vom Ertrage ihrer Arbeit ab, that aber selbst nichts, als jagen und reiten, trinken und fechten und darauf sinnen, ob er den Brüdern nicht mehr abzunehmen vermöchte." Dann kommt es zum Kampfe zwischen dem Bruder Edelmann und dem Bruder Bürger, der darauf sinnt, „auch etwas Fett von der Suppe abzuschöpfen". Bürger siegte und zwang den Bruder, „auf manchen Vortheil zu verzichten. Später aber vergoldete er ihm sein Schwert, bis daß es stumpf ward, schenkte ihm einen bunten Rock, der ihn sehr stattlich aussehen ließ, und setzte ihn so an die Wand, wo er nichts zu sagen hatte". Bürger begann jetzt den armen Konrad, obwohl ihm dieser gegen Bruder Edelmann geholfen hatte, zu mißhandeln, nahm ihm, was er konnte, und als dieser „darüber klagte, daß er so Frau und Kinder nicht ernähren könnte, zwang der harte Bruder unter schönen Redensarten auch die Frau und die Kinder zu schwerer Arbeit und gab ihnen nicht mehr Lohn als bisher". Seitdem sinnt der arme Konrad, der die Geduld verloren hat, darauf, bessere Zeiten herbeizuführen. Die Erzählung giebt das Thema des ganzen Buches, und ihre Tendenz kehrt immer wieder. Da wird z. B. in einer anderen Geschichte „Die rothe Blume" von einer alten Dienerin Brigitte erzählt, die drei Generationen einer reichen Familie gedient hat und der „die freie Benutzung des Pferdestalls als Anerkennung für langjährige treue Dienste und zugleich als Alterversorgung gewährt worden ist". Sie hat in jungen Jahren eine gute Heirath ausgeschlagen, um nur „bei ihrer lieben Herrschaft bleiben" zu können. Endlich „meinte die gnädige Frau, es wäre hohe Zeit, daß das alte „Inventar" fortkäme, und auch der gnädige Herr sagte, er würde ihr gern das Gnadenbrod geben, aber er könne solche alte, verrunzelte Gesichter nicht um sich leiden, es fiele ihm auf die Nerven, und überhaupt taugte es nicht, Dienstboten so lange in der Familie zu haben, solches Volk würde ganz übermüthig und bildete sich Wunder was ein" ꝛc. Lohnarbeit wird nach bekannten socialdemokratischen Grundsatz bei jeder Gelegenheit als ein ungerechtes Joch für den Arbeiter hingestellt. Die drei Schlangen, die bisher die Menschheit gefesselt hielten, sind der Reihe nach: „Die Sclaverei, die Leibeigenschaft und die Lohnarbeit". In einer Unterhaltung, in der die Affen menschliche Zustände besprechen, heißt es von dem Bestjesen: „Manchmal gelingt es ihm, die Kraft seiner Arme zu verkaufen, und er erhält dafür das — —" „Was er mit seiner Arbeit schafft?" „Nicht doch, das was nöthig ist, ihn vor dem Verhungern zu schützen und oft noch weniger, so daß er langsam Hungers stirbt. Die Menschen nennen das Lohnarbeit".

Solche Verhetzung unreifer Kinder ist natürlich auch „Kampf mit geistigen Waffen!"

Y. **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Die Kaiserin wird heute Nachmittag um 5 Uhr Plaen wieder verlassen und Abends um 10 Uhr 40 Min. in Berlin wieder anlangen. Morgen Vormittag um 10 Uhr 50 Min. gedenkt die Kaiserin sich von hier zur Vermählungsfeier nach Coburg zu begeben und daselbst Abends kurz nach der Ankunft des Kaisers einzutreffen. Gestern wohnte die Kaiserin der Tauffeierlichkeit im Hause des Staatssecretairs Freiherrn Marschall von Bieberstein bei; die hohe Frau hatte huldvoll Pathenstelle bei dem Täufling übernommen.

H. B. **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe reist morgen wegen Unpäßlichkeit nicht nach Coburg. (Wiederholt.)

⊙ **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Die „Nationalzeitung" vernimmt von zuverlässiger Seite, der Nachtragsetat für den geplanten Uebergang der Verwaltung Neuguineas auf das deutsche Reich werde nicht, wie von anderer Seite gemeldet wird, eine halbe Million, sondern höchstens 200 000 Mark betragen; diese Summe sei im Hinblick auf die aus der Beseitigung der Hoheitsrechte einer Privatgesellschaft sich ergebenden Vortheile eine mäßige.

⊙ **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Gegenüber den Angriffen der Herren Dr. Arendt und Schröder gegen den Colonialdirector Dr. Kayser und insbesondere der anmaßenden Forderung gegenüber, daß Dr. Kayser von seinem Posten zurücktreten müsse, weil er Herrn Dr. Peters im Reichstage nicht gegen alle Angriffe deckte, haben, wie der „Nat.-Ztg." aus Hamburg telegraphirt wird, Kaufleute in den deutschen Schutzgebieten und die Colonial-Gesellschaften Bremen, Hamburg und Berlin an den Reichskanzler eine gemeinsame Eingabe gerichtet, worin im Interesse der wirthschaftlichen Entwickelung der Schutzgebiete das Verbleiben Kayser's auf seinem Posten als dringend geboten bezeichnet wird.

— Der Kaiser hat nach Kenntnißnahme von Fritz Kalle's Schriftchen „Des Reservisten Begleiter in die Heimath", ein Rathgeber für das bürgerliche Leben (von dem dieser Tage wieder eine neue Auflage erschien) dem Verfasser seine warme Anerkennung aussprechen lassen. Gleichzeitig hat er dem Verein „Concordia" in Mainz, als Herausgeber der Broschüre, seinen Dank für das patriotische Bestreben übermitteln lassen und die königl. Schatull-Verwaltung angewiesen 2500 Exemplare zu bestellen, dem Vernehmen nach für die Leibregimenter.

— Das Kaiserliche Statistische Amt hat, wie im „Reichsanzeiger" mitgetheilt wird, über die Verhältnisse im Handwerk ein drittes Heft von Erhebungen veröffentlicht. Es handelt sich hier ebenfalls um eine Stichprobenerhebung in 37 Erhebungsbezirken und 156 Zählbezirken, die 70 Handwerksarten und 28 Specialitäten des Schlosser-, Schmiede- und Schreinerhandwerks umfaßt.

— Die deutsch-conservativ-klerikal-polnische Majorität der Commission für das Lehrer-Besoldungsgesetz hat in dem Commissionsberichte dem Abgeordnetenhause empfohlen, die Resolution zu fassen, die Königliche Regierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst ein allgemeines, auf christlicher und confessioneller Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen. Dem gegenüber hat die freiconservative Partei den von ihren Vertretern in der Commission ohne Erfolg gestellten Antrag wieder aufgenommen und zu der obigen Resolution den Zusatz beantragt: „Unter Abstandnahme von den zur Erreichung dieses Zieles nicht erforderlichen, mit der Staatshoheit unvereinbaren Vorschlägen des Entwurfs von 1892" (d. h. des Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfs).

— Zur diesjährigen Maifeier hat die Berliner Gewerkschaftscommission gestern Stellung genommen und einstimmig folgende Resolution genehmigt: „Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeitercongresse in Paris, Brüssel, Zürich und des Breslauer Parteitages von 1895 empfiehlt die Gewerkschaftscommission den Berliner Gewerkschaften, den 1. Mai insgesammt als Demonstration für die Classenforderungen des Proletariats zu feiern. Als würdigste Form der Feier betrachtet die Versammlung das Ruhenlassen der Arbeit. Sie empfiehlt daher denjenigen Gewerkschaften, die den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch Arbeitsruhe feiern können, diese eintreten zu lassen." Ueber die Art der Maifeier wurde beschlossen, wie im Vorjahre, Gruppenversammlungen der verwandten Industriezweige zu veranstalten, doch gaben die Vertreter einer beträchtlichen Anzahl von Gewerkschaften, so der Schneider, Wäschearbeiter, Stuckateure, Zimmerer ꝛc. die Erklärung ab, daß sie, der besseren Controle wegen, für sich auf Sonderversammlungen bestehen müßten. Die Kohlenarbeiter ließen durch ihren Delegirten erklären, daß sie sich an der Maifeier nicht betheiligen werden.

— In Sachen der Betheiligung Berliner Turner an den olympischen Spielen in Athen ist die Resolution von Interesse, welche der Ausschuß der vier Berliner Turngaue beschlossen hat, um dem Kreisturntag und dem Ausschuß der deutschen Turnerschaft gegenüber die einmüthige Stellung der Berliner Turner zu bekunden. Die Resolution lautet:

„1) Es ist anzunehmen, daß die nach Athen gegangenen Mitglieder Kenntniß von den Beschlüssen des Ausschusses der deutschen Turnerschaft gehabt haben. 2) Sie mußten anerkennen, daß die Beschlüsse des Ausschusses der deutschen Turnerschaft für jedes Mitglied der deutschen Turnerschaft für moralisch bindend zu erachten sind. 3) Waren sie mit den Beschlüssen nicht einverstanden, so mußten sie dagegen Widerspruch erheben oder 4) vor Eingehen der Verpflichtung dem Berliner Comité gegenüber von ihrem Vorhaben ihren Vereinsvorständen Kenntniß geben. 5) Da sie Beides versäumt haben, muß ihre Betheiligung an den Wettkämpfen in Athen als ein bedauerliches, eines Mitgliedes der deutschen Turnerschaft durchaus unwürdiges Vergehen gegen die alte erforderliche Vereinsdisciplin angesehen werden. 6) Deshalb ist es zu mißbilligen, daß sich Mitglieder der deutschen Turnerschaft bereit gefunden haben, den Verlockungen des Berliner Comités zu folgen, von diesem Mittel zur Reise nach Athen anzunehmen und bei der Beschaffung dieser Mittel in öffentlicher Vorstellung durch turnerische Vorführungen mitzuwirken."

— Professor Dr. Virchow hat sich vor Kurzem in Mailand von einem Mitgliede der Lombardischen Friedensvereinigung ausfragen lassen und dabei folgenden Orakelspruch abgegeben: „Ich bin kein Prophet, aber während viele Leute die Zukunft düster und drohend sehen, erscheint sie mir gar nicht so ernst. Heute über 20 Jahre wird eine neue Generation längst der elsaß-lothringischen Frage überdrüssig und Frankreichs Stellung zu uns, Dank den wissenschaftlichen und industriellen Verbindungspuncten, eine freundschaftliche sein. Wenn erst in Deutschland die Freiheit wie in Belgien und England herrschen wird, werden wir noch schneller in dieses Freundschaftsverhältniß mit Frankreich getreten sein. Was uns heute am meisten von Frankreich trennt, ist der Militarismus, den ich und meine Freunde genau wie die Socialisten bekämpfen, und wenn wir auch heute noch nichts im Reichstage in dieser Beziehung erreichen, in Folge der uns ungünstigen politischen Wahlen, so werden wir doch nach den nächsten Wahlen, verstärkt durch die zahlreichen Unzufriedenen, hoffentlich mit mehr Erfolg kämpfen, und wir sind sicher, durch diesen Kampf nicht nur Deutschland, sonder ganz Europa zu nützen." — Schade, daß Herr Prof. Dr. Virchow nicht in der Lage ist, den Militarismus auch — in Frankreich und Rußland zu bekämpfen.

* **Bremerhaven**, 18. April. (Telegramm.) Prinz Heinrich von Preußen ist heute Vormittag mittels Sonderzugs hier eingetroffen, um mit dem Schnelldampfer „Aller" nach Southampton zu reisen. Der Prinz wird in England seine neu erbaute Yacht übernehmen, auf welcher dann die Rückkehr nach Deutschland erfolgt.

* **Bremen**, 18. April. Der Bürgerschaft geht ein Vertrag zwischen dem bremischen Staat und dem „Norddeutschen Lloyd" zu, nach dem letzterer die unter Kostenaufwand von 3½ Millionen Mark erbauten Dockanlagen in Bremerhaven gegen eine Pachtsumme von 120 000 ℳ auf 25 Jahre pachtet. (Magdeb. Ztg.)

* **Braunschweig**, 17. April. Dem hiesigen welfischen Blatte zufolge hat die Braunschweigische Rechtspartei üble Erfahrungen mit einem von ihr am Dienstag aufgegebenen Telegramm gemacht. Das Telegramm lautet: „Ihrer königl. Majestät Marie von Hannover zu Gmunden, Oesterreich. Die Mitglieder der Braunschweigischen Rechts-Landespartei übersenden der hohen Mutter unseres rechtmäßigen Landesfürsten tiefe, ehrerbietigste Glückwünsche." Dieses Telegramm wurde von der Telegrammannahmestelle mit der Begründung zurückgegeben, daß es wegen Unzulässigkeit des Inhalts zur Beförderung nicht geeignet sei. Nachdem hierauf die Worte „rechtmäßigen Landesfürsten" gestrichen und durch „Herzog" ersetzt waren, wurde das Telegramm angenommen. Doch Abends kam das Telegramm wiederum mit folgender Begründung zurück: „Das von Ihnen heute Nachmittag an Ihre Königl. Majestät Marie von Hannover zu Gmunden, Oesterreich, aufgelieferte Telegramm kann auf Grund der Bestimmungen in § 1, III. der Telegraphenordnung nicht befördert werden. Die erhobene Gebühr von 1,55 ℳ folgt anbei zurück. Kaiserliches Telegraphenamt." Ein drittes, vollständig im Wortlaut geändertes Telegramm fand endlich Annahme.

n. **Cassel**, 18. April. In einer Versammlung der Bauunternehmer Cassels wurde beschlossen, die Arbeiten an allen Bauten auf unbestimmte Zeit einzustellen, da eine Einigung mit dem Streikcomitée der Maurergesellen noch nicht möglich war. Die anwesenden Meister erklärten sich bereit, Vorschläge der Gesellen zur Beilegung des Streiks entgegen zu nehmen, haben sich dagegen solidarisch verbindlich gemacht, die Forderung der Gesellen in ihrer jetzigen Form abzulehnen. Nicht weniger als 45 Baugeschäfte resp. Maurermeister traten diesem Beschlusse bei.

* **Gotha**, 18. April. Der Besuch des Kaisers in Brotterode ist noch höchst zweifelhaft. Durch das Hofmarschallamt ist bisher noch keine Nachricht darüber an die maßgebenden Stellen gelangt. Die militairische Feldbahn soll auch noch nicht geeignet sein, dem Kaiser zur Benutzung empfohlen zu werden.

T. **Weimar**, 18. April. Der gestern geschlossene XXVII. ordentliche Landtag des Großherzogthums hat in seiner Tagung 15 verschiedene Gesetzentwürfe berathen und angenommen, die mit den beliebten Ausschuß-Abänderungen auch von der Regierung als verabschiedet erklärt werden. Außer den Etatsberathungen über die Finanzperiode 1896, 1897 und 1898 riefen folgende Gesetze längere Debatten hervor: Gemeindeordnung, Reform des Wahlmodus für die Landtagsabgeordneten, Landescreditcasse und Neuregelung der Civilliste. Die zu letzterem Entwurfe vom Finanzausschuß proponirten und vom Landtag acceptirten Abänderungen haben vorläufig die Zustimmung der Regierung nicht erhalten. Von den Initiativ-Anträgen des Landtags ist einer von allgemeinem Interesse nicht zur Verabschiedung gelangt: die Uebernahme der landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Jena auf die Universität, weil die Erhalterstaaten diese Uebernahme aus pecuniären Gründen für nicht opportun erachteten.

* **Beuthen**, 17. April. Der Ausstand auf der Godullahütte ist beigelegt.

* **Wiesbaden**, 17. April. Die Stadtverordneten des Stadtkreises Nassau (nomen et omen! Red. des „L. T.") untersagten ihrem Bürgermeister Lupstein, sein Mandat als Communallandtagsabgeordneter auf dem gegenwärtig in Wiesbaden versammelten Landtag auszuüben, er habe in seiner Gemeinde zu bleiben und den Bürgermeistergeschäften zu versehen, wofür er bezahlt werde. In Folge dessen reichte der Bürgermeister ein Urlaubsgesuch beim Landtag ein, der es aber ablehnte. Der Regierungspräsident hat sofort den Bürgermeister verständigt, daß der Beschluß der Stadtverordneten ihn nicht hindere, sein Mandat als Abgeordneter auszuüben. (Voss. Ztg.)

* **Würzburg**, 17. April. Bischof Reichsrath v. Stein ordnete an, daß aus Anlaß des 25jährigen Gedenktages des Frankfurter Friedensschlusses in allen Pfarr- und Filialkirchen der Diöcese am 9. Mai ein feierliches Requiem für die in jenen Kämpfen gefallenen und seitdem verstorbenen Theilnehmer am Kriege und am 10. Mai ein feierliches Dankamt abgehalten werde.

* **Nürnberg**, 17. April. Der Magistrat hat, dem „B. T." zufolge, einstimmig das Ersuchen um Unterstützung von Schritten zur Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe abgelehnt.

* **Saarbrücken**, 17. April. Die „Neue Saarbr. Ztg." veröffentlicht das Stenogramm der Rede des Freiherrn v. Stumm. Der Passus über die Auffassung des Kaisers betreffs der Christlich-Socialen lautet danach:

„Die Christlich-Socialen wissen ganz genau, daß auch der oberste Schirmherr der evangelischen Kirche, der summus episcopus, auf keinem anderen Standpunct steht und ebenfalls die christlich-soziale Agitation auf das Schärfste verurtheilt. Ich habe deshalb, als ich an meinem Geburtstag eine Deputation des hiesigen Presbyteriums empfing, keinen Anstand genommen, zu erklären, was ich eben wiederholt habe, daß Se. Majestät der Kaiser die christlich-soziale Agitation auf das Schärfste mißbillige. Diese meine Aeußerung war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Ich nehme es aber den Herren gar nicht übel, daß sie sie veröffentlicht haben, ich habe nichts dagegen, nur ist der Wortlaut nicht genau so, wie ich gesagt hatte, wiedergegeben; aber die Sache an sich ist richtig. Die Mittheilung hat großes Aufsehen gemacht. Die Naumann'sche Presse erklärte das für eine Erfindung, für eine unglaubliche Ueberhebung des Freiherrn von Stumm; es sei dies eine Indiscretion von mir gewesen, das Hofmarschallamt dürfe mich nicht mehr zu Hofe einladen u. s. w. Ich darf meine Freunde beruhigen; wenn ich diese Aeußerung gethan habe, so habe ich sie mit Allerhöchster Ermächtigung gethan. Und ich kann noch mehr sagen: Ich habe hier die Abschrift eines Telegramms vor mir liegen, die mir gleichfalls durch Allerhöchste Ermächtigung zugegangen ist, und zwar nicht unter dem Siegel der Verschwiegenheit, das sich noch viel deutlicher über diese Dinge ausspricht. Ich trage Bedenken, dieses Telegramm im Wortlaut zu veröffentlichen, bin aber bereit, es jedem königstreuen evangelischen Geistlichen — ich habe es hier vor mir liegen — lesen zu lassen, um sich davon zu überzeugen, daß über die Stellung Sr. Majestät absolut kein Zweifel bestehen kann. Meine Herren! Ich behaupte, daß, wenn es dem Kirchenregiment nicht gelingt, über diese christlich-soziale Agitation Herr zu werden, so geht unsere evangelische Landeskirche einfach zu Grunde, die Besitzenden werden aus der Kirche hinausgetrieben und die Besitzlosen werden den Socialdemokraten in die Arme hineingetrieben."

* **Karlsruhe**, 18. April. (Telegramm.) Der Kaiser wird heute Nachmittag dem Officier-Rennen beiwohnen. Später wird der Kaiser bei dem preußischen Gesandten v. Eisendecher den Thee einnehmen und dann noch einige Besuche bei hiesigen Künstlern machen. Morgen Vormittag 11 Uhr 45 Min. erfolgt sodann die Abreise mittels Sonderzuges über Würzburg nach Coburg.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 18. April. (Telegramm.) Bei der heutigen Bürgermeisterwahl waren sämmtliche 138 Gemeinderäthe anwesend. Lueger wurde mit 96 Stimmen gewählt. 42 Liberale stimmten für Grübl. Die in der Umgebung des Rathhauses angesammelte Menschenmenge nahm das Wahlergebniß mit Hochrufen auf Lueger an. (Wiederholt.)

* **Wien**, 18. April. (Telegramm.) Bürgermeisterwahl. Auf die Frage des Regierungscommissars Friebels, ob Dr. Lueger die Wahl annehme, antwortete Dr. Lueger mit einer längeren Ausführung, in welcher er zunächst hervorhob, er sei heute zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt. Bei zwei Wahlen habe die christliche Bevölkerung Wiens gezeigt, daß sie sich durch Beschimpfungen, Drohungen und Versprechungen nicht beeinflussen lasse und habe gesiegt, indem sie ihre Rechte mit der gesetzlichen Waffe des Stimmzettels vertheidigte. Er spreche im Auftrage